GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die Eroberung des Patriarchats? : Frauenbewegung und Staat zwischen 1914 und 1920

Hering, Sabine

1992

https://doi.org/10.25595/1638

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hering, Sabine: *Die Eroberung des Patriarchats? : Frauenbewegung und Staat zwischen 1914 und 1920*, in: Metis : Zeitschrift für historische Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 1 (1992) Nr: 1, 28-41. DOI: https://doi.org/10.25595/1638.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

metis

1. Jahrgang · 1992, Heft 1

Inhalt

Editorial 3

"Denk' ich an Deutschland" - ein offener Brief an Irmgard Schultz
von Hannelore Bublitz und Annette Kuhn 5

Leitartikel

Aneignungen, Enteignungen und Widerständigkeiten
Die Beziehung von Frauen zur Nation
von Hannelore Bublitz und Annette Kuhn 10

Beiträge

Die Eroberung des Patriarchats?
Frauenbewegung und Staat zwischen 1914 und 1920
von Sabine Hering 28

Frauen und Kapitalismus
Antifeminismus bei Werner Sombart
von D.G. Sanford 42

Islamische-Arabische Frauengeschichte und das Verhältnis
von Frauen zur Nation im arabisch-islamischen Kulturkreis
von Farideh Akashe-Böhme 60

Diskussion

Feministische Umkehr und die Stati(sti)k der Geschichte oder:
Die Überlebenden sind die Herrschenden?
Kritik zu: Lerke Gravenhorst/Carmen Tatschmurat (Hg), TöchterFragen.
NS-Frauen Geschichte, Freiburg 1990
von Hannelore Bublitz 68

Vom Anspruch auf Offenheit für Komplexität und
Ambivalenz zur Realität von Entschuldung
Zu Hannelore Bublitz' Kritik von "TöchterFragen. NS-Frauengeschichte"
von Lerke Gravenhorst

Ver-rückter Diskurs?
Stellungnahme zur Kritik von Hannelore Bublitz an meinem Aufsatz "Frauen im Nationalsozialismus"
von Karin Windaus-Walser 80

Unsere Traditionen

Ravensbrück - heute
von Sigrid Jacobeit 86

Feministische Praxis

Der Beitrag der Frauenbewegung und der gewerkschaftlichen Frauenarbeit zur Entwicklung eines neuen Politikverständnisses
von Angela George 92

"Wir werden, was wir wollen" -
Mädchen und Berufsfindungsüberlegungen,
Ergebnisse und Erfahrungen eines Projekts
von Doris Lemmermöhle-Thüsing 107

Frauenarbeit und soziale Reproduktion
von Marianne Friese 114

Auf der Suche nach dem "richtigen" Bild
Ein Erfahrungsbericht
von Uta C. Schmidt 116

Nachrichten aus der Frauenbewegung
zusammengestellt von Anne Schlüter 126

Rezensionen 130

Neuerscheinungen 146

Vorschau 148

Die Herausgeberinnen 149
Die Autorinnen 152

Die Eroberung des Patriarchats?

Frauenbewegung und Staat zwischen 1914 und 1920

Sabine Hering

Die Ereignisse:

Der Erste Weltkrieg entfesselte nicht nur eine schier unvorstellbare Aufwallung patriotischer Gefühle und nationalistischer Lust nach Vereinigung - er signalisierte auch den marginalisierten Gruppen die Chance auf Teilhabe und Anerkennung: Juden durften deutsche Soldaten werden, die Sozialdemokratie durfte sich als staats- und kriegstragende Kraft beweisen - und die Frauenbewegung durfte sich - erstmals offiziell - nützlich machen.

Dies alles natürlich nicht aus einem Anflug von Liberalisierung, sondern weil man "jeden Mann und jeden Groschen" brauchte - und sogar auch die Frauen.

Die deutsche Frauenbewegung (miß-)verstand dieses Signal mehrheitlich als Eintrittskarte in Öffentlichkeit, Arbeitswelt und Politik. Seit langem schon hatten bürgerliche Frauenverbände auf die Chance gewartet, ihren "Kulturauftrag" erfüllen zu können, welcher beinhaltete, daß die "Männergesellschaft" zwar destruktiv und schlecht sei, daß sie aber durch die Beteiligung der Frauen verwandelt und vermenschlicht werden könne. Deshalb bot der "Bund deutscher Frauenvereine" (BDF) noch vor dem 1.August 1914 dem Staat ein breitgefächertes Programm von Hilfsmaßnahmen an, dem sich auch die Mehrheit der Sozialdemokratinnen anschloß.

Hinter diesem Angebot stand nicht nur die offizielle Idee, dem "bedrohten Vaterland in der Stunde der Not Beistand zu leisten", sondern auch die handfeste Absicht, durch die Erfüllung gleicher Pflichten auch gleiche Rechte wie die Männer zu erlangen: allem voran das Frauenstimmrecht.

Der Staat nahm das Angebot - den "Nationalen Frauendienst" - gerne an, überließ ihnen auch die eigenständige Organisation der Arbeits- und Hilfsdienste bis hin zur Frauenarbeitszentrale im Kriegsamt. Er dachte aber gar nicht daran - wie sich spä-

testens 1917 zeigte - daraus das dauerhafte Anrecht der Frauen auf Arbeitsplätze und politische Entscheidungskompetenzen abzuleiten.

Bis zum Herbst 1918 war keine der Regierungskoalitionen bereit, ein Frauenstimmrecht einzuführen - dafür begann schon ab 1917 die Demobilisierung der weiblichen Arbeitskräfte, um nach Kriegsende den heimkehrenden Soldaten Platz zu machen.

Der BDF hat diese Haltung niemals als grundsätzliche Kampfansage der Patriarchats begreifen wollen. Auch wenn sich bei den Frauen zunehmende Enttäuschung über die ausbleibenden Konsequenzen ihres gigantischen Arbeitseinsatzes breit machte - und auch wenn sie eher peinlich berührt davon waren, daß das Frauenstimmrecht letztendlich im Zuge der revolutionären Umbrüche von der falschen Seite kam, blieben sie nach wie vor in ihrem Glauben an den Kulturauftrag der Frau ungebrochen. Sie hielten durch, planten mit und bereiteten die weibliche Bevölkerung auf die bevorstehenden Wahlen im Januar 1919 vor.

Sie waren beherrscht von der Idee, daß in diesem Krieg für die Frauen etwas zu gewinnen sei, weil sie ohnehin nichts zu verlieren hätten - außer ihrer Autonomie und ihrer Moral, aber dafür war ihr Blick damals versperrt.

Was war passiert? Und welche Folgen haben die Ereignisse auf die Entwicklung der Beziehungen der Frauenbewegung zum Staat gehabt?

Unterm Strich:

Dreh- und Angelpunkt der Einschätzungen ist der Krieg: Wer hat gewonnen? Wer hat verloren? Wer hat die Schuld? Und wer trägt die Folgen?

Konkreter: was haben die Frauen zwischen 1914 und 1918 gewonnen, was haben sie verloren? Welche Schuld haben Frauen auf sich geladen durch das, was sie taten und das, was sie nicht taten? Und welche Auswirkungen zog ihre Haltung nach sich?

Getreu ihren Zielen aus der Zeit vor dem Krieg, hatten die verantwortlichen Vertreterinnen des BDF vor allem die staatsbürgerliche Bildung und die berufliche Qualifikation der Frauen auch während des Krieges auf ihr Panier geschrieben, während die Sozialdemokratinnen und Gewerkschaftlerinnen die Tradition der Forderung nach Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Mutterschutz verfolgten.

Beide Gruppierungen mußten sich am Ende des Krieges eingestehen, daß die Veränderungen, die sich - zum Positiven wie zum Negativen - vollzogen hatten, mehr

auf das Konto der allgemeinen Umstände gingen, als auf ihre eigene Einflußnahme zurückzuführen gewesen wären. Dennoch waren sie damals schon Politikerinnen in dem Maße und dem Sinne, daß sie die positiven Entwicklungen als Rechtfertigung ihrer Vorgehensweisen verbuchten .

Über die wirklichen Zusammenhänge machten sie sich wenig Illusionen. Wenn Gertrud Bäumer schreibt, der Krieg sei "Wachswetter für das politische Bewußtsein der Frauen" gewesen (Bäumer, 1930, 101), und wenn Marie Elisabeth Lüders sagt, die Frauen hätten innerlich gewandelt und politisch mündig ihre Arbeitsplätze am Ende des Krieges verlassen (Lüders, 1936, 227), so verraten sie damit, daß die Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen und mit den Arbeitsbedingungen die Frauen geformt, politisiert hat, nicht irgendwelche Lektionen über Staatsbürgerkunde beim Vortragsabend des BDF.

Und eben diese beiden Frauen, die selber die Demobilisierung mitorganisiert haben, ohne deren schreckliche Folgen für die Frauen verhindern zu können, wußten besser als alle anderen, daß der Kampf um den Arbeitsplatz bei Kriegsende eine politische und eine ideologische Frage war - und nicht im Entferntesten eine der Qualifikation: einem Kriegsteilnehmer "seinen" Arbeitsplatz zu verweigern war unmöglich - demgegenüber hatten alle sozialen Gesichtspunkte und alle Fragen nach Qualifikation und Effizienz zurückzustehen. Und auch die Gewerkschaftlerinnen wußten, daß sie ebensowenig Verdienst an der Wiedereinführung des 8-Stunden-Tages zu Kriegsende hatten, wie sie der Vorwurf bezüglich der Eliminierung aller Arbeitsschutzbedingungen zu Kriegsbeginn hätte treffen können.

Doch zunächst die Frage nach dem Gewinn, nach der Erfolgsbilanz, die sich vorerst für die Frauen nicht ungünstig gestaltete.

Insgesamt mußten elf Millionen Männer im Laufe des Krieges ihren Arbeitsplatz, viele auch ihre Amts- und Kommissionssessel räumen (Altmann-Gottheiner, 1920, 36) Das bedeutete eine Unmenge von Chancen für Frauen, ein- und aufzusteigen. Trotz der verstärkten Arbeitslosigkeit zu Beginn des Krieges, die auf die Stillegung ganzer Industriezweige zurückzuführen war, ungeachtet auch der Belastungen, die das Außerkraftsetzen der Arbeitsschutzbedingungen gleich zu Kriegsbeginn mit sich brachten, hat sich die Beschäftigungslage und auch die Entlohnung der Frauen im Krieg deutlich verbessert: 1918 waren über fünf Millionen mehr Frauen berufstätig als 1914; die Differenz zwischen Frauenlöhnen und Männerlöhnen nahm ab, die soziale Betreuung am Arbeitsplatz sowie in der Familien- und Säuglingsfürsorge wurde deutlich verbessert. (vgl. Lüders, 1936, 108f. und 204 f.)

Wichtig für das weibliche Selbstbewußtsein damals war vor allem die zunehmende soziale Anerkennung: "Wer hätte das gedacht, daß Ihr Frauen das alles könnt!?"

Zum ersten mal trägt eine Frau eine Briefträgeruniform, zum ersten Mal kommt eine Frau, um den Schornstein zu reinigen - auch wenn diese Vorstöße zahlenmä-

ßig nicht sonderlich zu Buche schlugen, so waren sie doch Marksteine des Fortschritts weiblicher Emanzipation im Bewußtsein der Öffentlichkeit.

Bedeutungsvoll war auch der schrittweise Wegfall der weiblichen Arbeit unter männlicher Regie: das Prinzip der Mobilisierung von Frauen durch Frauen sowie die Führung weiblicher Hilfs- und Arbeitstrupps durch Frauen war nicht nur eines des erfolgreichsten, sondern auch ein das allgemeine Bewußtsein nachhaltig veränderndes Konzept der Frauenarbeitszentrale.

Am meisten haben die Studentinnen und die besser qualifizierten Frauen gewonnen. Der Zorn über die Studentinnen, die nur zu einem ganz geringen Prozentsatz dem Aufruf zu freiwilliger Kriegsdienstleistung folgten, weil sie nicht "auf die günstigen Wettbewerbschancen gegenüber den im Felde stehenden Kommilitonen verzichten wollten" (Sonnemann, 1939, 75) war so groß, daß reaktionäre Kräfte damals die Schliessung der Universitäten forderten(vgl. Sichler/Tiburtius, 1922, 105 ff).

Dazu kam es aber nicht, sondern es bildeten sich während der Kriegsjahre - geradezu gegenläufig - neue, vorzugsweise soziale, Ausbildungseinrichtungen für Frauen, um dem immer offenkundiger werdenden Mangel an qualifizierten weiblichen Arbeitskräften abzuhelfen.

Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Studium hatten nicht nur wenig Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden, sie wurden durchweg umgehend mit Führungsaufgaben betraut: mit der Organisation ganzer Arbeitsbereiche, mit dem Aufbau von sozialen Einrichtungen oder Beratungsstellen, mit der Anleitung anderer, wenig qualifizierter Frauen (vgl. Wolffheim, 1915, 60 ff)

Gerade aber diejenigen, die durch ihre Stellung an übergeordneten Entscheidungsprozessen beteiligt waren, wußten, wie konjunkturabhängig dieser Aufwind war.

> "Es spricht für die volkswirtschaftliche Einsicht der organisierten deutschen Frauen, daß die 'Errungenschaften' des Krieges auf dem Gebiete der Frauenarbeit durchaus nicht alle auf der 'Haben'-Seite gebucht wurden. Im Gegenteil, bereits im Anfang des Krieges war man sich in denkenden Frauenkreisen darüber klar, daß sich aus der zeitweiligen Überfüllung des Arbeitsmarktes mit Frauen, besonders in der ersten Zeit nach Friedensschluß, Schwierigkeiten ergeben müßten, die u. U. größer sein könnten, als alle Wirtschaftskrisen früherer Zeiten." (Altmann-Gottheiner, 1920, 38)

Daß Frauen sich zu Kriegsende aus Arbeitsfeldern zurückzogen, in die sie "hineingepreßt" worden waren und die nicht ihren Wünschen und Möglichkeiten entsprachen, war ebenso selbstverständlich, wie das Ausscheiden der vielen Frauen, die sich z. T. schwere gesundheitliche Schäden an ihrem Arbeitsplatz zugezogen hatten. Aber um diese Gruppen ging es bei dem Kampf um die Demobilisierung gar nicht. Es ging um die, die weiter arbeiten wollten, oder aus Not

weiter arbeiten mußten und die mit unerhörter Rücksichtlosigkeit vom Arbeitsmarkt verdrängt werden sollten: "Vollkommen einig ist man sich heute in den Kreisen der organisierten deutschen Frauenbewegung darüber, daß wir verpflichtet sind, den Kampf aufzunehmen gegen die willkürlichen rücksichtslosen Frauenentlassungen, die in fast allen Berufszweigen auf das Drängen der männlichen Berufsangehörigen hin zur Zeit an der Tagesordnung sind, und gegen die z. T. an das Terroristische grenzenden Mittel, mit denen das Ziel der Ausschaltung der Frauen aus dem Wettbewerb erreicht werden soll"(ebenda, 41).

Wenn eine so sachliche Frau wie Elisabeth Altmann-Gottheiner zu solchen Worten greift, ist dies ein untrügliches Anzeichen dafür, daß man sich das damals herrschende Faustrecht beim Kampf um den Arbeitsplatz gar nicht krass genug vorstellen kann.

> "Obwohl mehr als acht Millionen Soldaten nach dem Kriege demobilisiert wurden, von denen die große Mehrheit innerhalb weniger Monate nach dem Waffenstillstand wieder zu Hause war - blieb die Auswirkung auf das Niveau der Arbeitslosigkeit relativ gering: die Zahl der Arbeitslosen stieg in den ersten Monaten von 1919 auf etwa 1 Million und ging danach wieder zurück. Die meisten zurückgekehrten Kriegsteilnehmer scheinen ziemlich schnell wieder Arbeit gefunden zu haben. Die erfolgreiche Wiedereingliederung der Veteranen in den deutschen Arbeitsmarkt wurde nicht nur dadurch ermöglicht, daß die Kriegsgefangenen aus ihren Arbeitsplätzen ausschieden, und die Unternehmer sich durch die Einführung des 8-Stunden-Tages in der Lage sahen, die zurückgekehrten Soldaten sogleich wieder einzustellen, sondern auch dadurch, daß die Frauenarbeit allgemein als entbehrlich angesehen wurde. Man betrachtete und benutzte die Frauen gleichsam als "Bauern" auf dem Schachbrett des Arbeitsmarktes, die ohne Schwierigkeiten geopfert werden konnten, um die wichtigeren Interessen der männlichen Arbeitnehmer zu sichern." (Bessel, 1983, 212)

Dieser Eingliederungsprozess der Kriegsteilnehmer und die Verdrängung wurde besonders brisant vor dem Hintergrund 700.000 Hungertoter und zwei Millionen gefallener Soldaten.

In den Augen der Politiker machte diese Zahl vor allem eine aktive "Bevölkerungspolitik" erforderlich. Der Rückverweis der Frauen in die Familien wurde unter diesem Aspekt weniger als Unglück, sondern vielmehr als Notwendigkeit gesehen.

Dabei enthüllte die große Anzahl der männlichen Toten eigentlich eine ganz andere Botschaft, nämlich das weitere Ansteigen des "Frauenüberschusses" von 800.000 vor dem Kriege auf 2,7 Millionen im Jahre 1918 (Vgl. Jahrbuch des BDF, 1920, 43).

Frauenüberschuß, das hieß - abgesehen von der häßlichen Konnotation, daß es sich hier um eigentlich überflüssige Frauen handele - eine Unzahl von Frauen, die zum Überleben auf Arbeit angewiesen waren oder einer sozialen Fürsorge anheim fallen mußten, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade zu diesem Zeitpunkt

nicht annähernd wußten, wie sie die unendliche Not, der sie gegenüberstanden, finanziell und organisatorisch bewältigen sollten.

1918 wurde es für Frauen erstmals in der neueren deutschen Geschichte massenhaft erfahrbar, was es heißt, eine wirtschaftliche Reservearmee zu sein - seither gelang es deutschen Regierungen in mehr oder weniger kurzen Abständen, Frauen für den Arbeitsmarkt zu mobilisieren bzw. sie bis zum nächsten Aufschwung wieder nach Hause zu schicken.

Zur Frage, ob die Frauen sich 1918 ohne Weiteres nach Hause schicken ließen, gibt es leider nur sehr wenig konkrete Daten. Erhalten sind die Proteste der Funktionsträgerinnen wie Altmann-Gottheiner, des "Berufsverbandes katholischer Arbeiterinnen" und des "Kaufmännischen Vereins weiblicher Angestellter" (vgl. Bessel, 1983, 221 u. Waescher, 1917) die Rückschlüsse darüber zulassen, daß die Massenentlassungen tatsächlich stattgefunden haben und daß von betroffenen Frauen dagegen protestiert wurde. Aber über den tatsächlichen Ablauf der Demobilmachung der Frauen liegen so gut wie keine Informationen vor.

Ähnlich wie am Ende des Zweiten Weltkrieges, wo wir - mehr oder weniger fassunglos - einen Rückzug der Frauen in die Kleinfamilienwelt der 50iger Jahre zur Kenntnis nehmen müssen, nachdem sie monatelang, jahrelang allen Lasten und aller Verantwortung gegenüber auf sich gestellt waren, liegt auch für 1918 die Vermutung nahe, daß die Frauen ihrem "bipolaren Geschlechtsrollenverständnis" (Hagemann-White) aufgesessen sind:

Solange das bipolare System aufgrund der kriegsbedingten Abwesenheit der Männer außer Kraft war, konnten die Frauen die unmittelbare Erfahrung ihrer Fähigkeiten und ihrer Möglichkeiten ihrer individuellen Disposition entsprechend machen. Da so gut wie alle Arbeiten von Frauen getan werden mußten, entfiel die Frage: Darf ich das und kann ich das "als Frau" machen zugunsten der Frage: darf und kann ich das "als Person" machen?

Sobald aber durch die Rückkehr der Männer das bipolare System wiederhergestellt war, wurden Arbeiten, Zuständigkeiten etc. auch wieder nach Maßgabe dessen zugeteilt und wahrgenommen, was jeweils Frauen und Männern angemessen sei und nicht nach individueller Qualifikation und Neigung.

Nur so wird es für mich erklärbar, daß Frauen, die Familien ernährt und schwere Maschinen bedient haben, wenn ihr Mann wiederkommt, nicht mehr in der Lage sind, einfachste handwerkliche Arbeiten zu verrichten und Entscheidungen zu fällen.

Keinesfalls dürfen wir angesichts eines solchen Erklärungsmusters die Zwangsmaßnahmen vergessen, die angewendet wurden, um die Frauen aus ihren Arbeitsplätzen zu verdrängen. Das bipolare Denken fand sicher nicht in der Legitimation von Gewaltanwendungen ihren Niederschlag, sondern in einem Rechts-

empfinden, welches den grundsätzlichen Anspruch des Mannes auf einen Arbeitsplatz höher gewichtet als den der Frau.

Bemerkenswert und für die damalige Zeit regelwidrig ist es vor dem Hintergrund, daß nicht nur die Sozialdemokratin Anna Blos das Recht der Frau auf Arbeit auch ohne Nachweis der Not gefordert hat (Albrecht u. a., 1979, 496), sondern auch die bürgerliche Elisabeth Altmann-Gottheiner:

> "Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß niemand berechtigt ist, einer Frau das Recht auf Arbeit und damit häufig das Recht auf einen Lebensinhalt abzusprechen, weil sie zufällig imstande ist, auch ohne Arbeit leben zu können."(Altmann-Gottheiner, 1920, 40)

Die Bilanz der Frauenbewegung:

Ohne Zweifel ging zumindest der BDF gestärkt aus dem Krieg hervor. Trotz des Ausscheidens des "Deutsch=Evangelischen Frauenbundes" hatte er 1919 883.217 Mitglieder gegenüber ca. 250.000 zu Kriegsbeginn. Seine 57 Verbände umfaßten 4.191 Vereine - bis in den letzten Winkel Deutschlands war er präsent (Vgl. Jahrbücher des BDF 1915-1920).

Ob die Frauenbewegung dagegen gestärkt aus dem Krieg hervorging, darüber gab es auch im BDF Zweifel.

Das große Ziel: das Frauenstimmrecht war erreicht. Damit war die Hauptforderung von Bürgerlichen, Sozialdemokratinnen und Radikalen erfüllt. Die Frage war jetzt nur: wie würde sich das Stimmrecht auswirken? Hatte sich die Frauenbewegung damit erledigt? Wie würde die Parlamentarisierung die Interessenvertretung der Frauen beeinflussen?

Die größte Sorge galt jedoch den zukünftigen Wählerinnen: waren sie hinreichend vorbereitet, ihre politischen Rechte zu erkennen und wahrzunehmen?

Statt sich selber als Vertreterinnen der Frauenbewegung darüber klar zu werden, was politisch erreicht werden sollte und wie dies umzusetzen sei, stürzten sich die Frauen aller Fraktionen in eine umfassende Aufklärungskampagne.

> "Es galt, die Millionen weiblicher Wähler, die an diese Möglichkeit noch kaum gedacht hatten, für die neue Pflicht zu schulen. Diese Schulung mußte überparteilich erfolgen; sie war in gewisser Weise der letzte Akt eines lange gemeinsam geführten Ringens, und mit diesem letzten Akt war ein Stück Abschiednehmen verbunden"(Zahn-Harnack, o. J., 316)

Verräterische Sprache! Woher diese Ehrfurcht vor einem Staat, dessen alte Fundamente so unehrenvoll zusammengebrochen waren und an dessen neuem Entstehen die Frauen ebenso beteiligt waren - hätten beteiligt sein können - wie die Männer. Aber nein: die Wählerinnen müssen für ihre "Pflicht geschult" werden, und die

Protagonistinnen der Frauenbewegung vollziehen den Abschied voneinander und ein Stück weit auch von der Frauenbewegung als Institution, jenem Bollwerk, das ihnen bislang einzig Einfluß und Schutz gewährt hatte.

Sie verteilen sich jetzt auf die Parteien - bis auf die Sozialdemokratinnen z. T. etwas wahllos, wie es scheint (vgl. Janssen-Jurreit, 1977, 288 f.) - ohne sich über eine gemeinsame Strategie Gedanken gemacht zu haben oder gar einig geworden zu sein.

So erfolgreich die Agitation der Wählerinnen aufgrund der weiblichen Wahlbeteiligung einzuschätzen ist, so deutlich wird nach der Wahl sichtbar, daß sich die Aufgabe eines gemeinsamen Standortes und das Fehlen koordinierter Strategien rächte:

> "Das Wahlergebnis für die Frauen sieht im Vergleich zur Wahlbeteiligung außerordentlich bescheiden aus. Schon die Listen zeigen, und zwar sowohl was die Zahl wie auch die Plätze der weiblichen Kandidaten betrifft, daß die Frauen von einer wirklichen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung (...) noch weit entfernt sind." (Velsen, 1920, 26)

Von den 310 Frauen, die für die Nationalversammlung kandidiert haben, wurden nur 36 gewählt, 3 konnten nachrücken. Trotzdem erreichten sie damit das beste Ergebnis auf Jahrzehnte hinaus. Immerhin waren 1919 9,6% der Abgeordneten weiblich, schon im Mai 1924 waren es nur noch 5,7% (ebenda)

Auch die Zahl von 1918 weiblichen Landtagsabgeordneten und 1306 weiblichen Stadtverordneten (ebenda, 27 ff.) - so entmutigend sie schon damals war - wurde in den kommenden Jahren regelmäßig unterschritten.

Auf der anderen Seite hatten immerhin 3263 Frauen, die zum größten Teil aus der Frauenbewegung hervorgegangen waren, jetzt Amt, Würde und Gehalt und konnten dies sehr wohl als persönlichen Erfolg verbuchen.

Fast die gesamte Führungselite des BDF, des "Allgemeinen Deutschen Frauenvereins" und anderer Frauenverbände konnte nun ein politisches Mandat vorweisen: Helene Lange, Gertrud Bäumer, Marie Baum, Marianne Weber, Marie Stritt, Marie Elisabeth Lüders, Margarethe Behm, Paula Müller-Otfried, Anna v. Gierke, Käthe Schirmacher und viele andere mehr.

Von einzelnen wissen wir, daß sie kandidierten, aber nicht gewählt wurden: Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Elly Heuss-Knapp.

Den höchsten Anteil hielten auf allen parlamentarischen Ebenen die Sozialdemokratinnen, die ihren beiden Parteien 1919 nun die lange versprochene Solidarität in Form guter Listenplätze abverlangen konnten. (Die KPD kandidierte erst ab 1920). Bei den "Unabhängigen" lag der Frauenanteil mit 13,6% der Mandate in der Nationalversammlung noch höher als bei den "Abhängigen" (Heymann), die 9,6% der SPD-Sitze inne hatten (Wickert, 1986, 165f.)

Trotzdem sieht das Resümee schon nach den ersten Monaten eher negativ aus: "Es scheint zunächst, als ob die Macht der Frauen als solche politisch geschwächt auftritt. Die Frauen sind in den Parteien aufgegangen. Das ist notwendig, ja unerläßlich gewesen. Ihre Schicksalsfrage dabei ist die: ob dieses Aufgehen so vollständig, so borniert unbedingt erfolgt, daß sie darüber die höhere Mission, die ihnen mit ihren Rechten übertragen ist, nicht mehr sehen, oder die Mittel aus der Hand geben, diese höhere Mission zu erfüllen.

Stärker, nachdrücklicher, warnender als jemals muß es heute gesagt werden: Es gibt eine Einheit der Fraueninteressen, die größer ist als die der Parteizugehörigkeit."(Bäumer, 1919, 26)

Bäumer hatte schon in der FVP einen von weiblichen Mitgliedern gewählten Zentralausschuß ins Leben gerufen, der die Verbindung zwischen der weiblichen Basis und der Parteispitze herstellen sollte (vgl. Weiland, 1983, 49). Jetzt, in der DDP, wurde daraus der Reichsfrauenausschuß der Partei, dem es allerdings auch nicht gelang, die "Schicksalsfrage" nach dem Primat der spezifisch weiblichen Interessen in der gewünschten Weise zu gestalten.

Eine andere Strategie, um Benachteiligung und Zersplitterung der Kandidatinnen in den Parteien zu vermeiden, war die Idee der Frauenliste.

> "Tief bedauerlich bleibt es, daß weder die führenden, noch die Masse der deutschen Frauen der seit 1919 wiederholt von uns vorgeschlagenen Frauenliste Verständnis entgegenbrachten.
>
> Es sollte sich dabei weder um eine Frauenpartei noch um Frauenlisten handeln, sondern um eine Frauenliste, auf der die weiblichen Kandidaten aller Parteien wie der parteilosen Frauen aufgestellt worden wären."(Heymann, 1977, 189)

Nach Meinung von Anita Augspurg war diese Frauenliste die einzige Möglichkeit, die Zahl der weiblichen Abgeordneten aller Parteien zu erhöhen, aber das Modell ist niemals erprobt worden.

Das Frauenwahlrecht - ein Pyrrhus-Sieg? Auf der einen Seite: ganz sicher - und zwar in doppelter Weise. Denn das aktive Wahlrecht in einer parlamentarischen Demokratie kapitalistisch-patriarchaler Prägung sichert nicht wirklich die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen - und auf die politische Einflußnahme kam es den Frauen ja an, auf den heilsamen Einfluß weiblichen Denkens innerhalb des unwirtlichen, männlich dominierten Staatsgefüges. Verstärkt wurde diese Misere noch durch die vereinzelte und nachrangige Stellung der Frauen in den Parteien, die ihnen nur eine bedingte Nutzung ihres passiven Wahlrechts ermöglichten: Waren die Kandidatinnen selbstbewußt und stellten "Frauenforderungen", bekamen sie schlechte Listenplätze und gelangten nicht in das Parlament; paßten sie sich der Parteimeinung an, wurden sie geduldet und eventuell sogar gefördert, gaben aber damit ihre spezifische Kampf-

position auf. Das ging den Genossinnen nicht viel anders als den "Liberalen" oder den "Nationalen".

Auf der anderen Seite war das Frauenstimmrecht eine Forderung gewesen, an der kein Weg vorbeiführte und deren Verwirklichung nun auch in Angriff zu nehmen war: der politischen Verantwortung wollten und durften sich nun weder die Wählerinnen noch die Gewählten entziehen, obwohl recht schnell klar war, daß die ersteren Statisterie und die letzteren Marionetten in einem Spiel waren, dessen Regeln fernab ihrer Einflußsphäre festgelegt wurden.

Eine beispiellose ebenso wie eine beispielhafte historische Situation: Hätte die Regierung den Frauen das Stimmrecht weiterhin verweigert, so wäre dies eine unerträgliche Provokation gewesen. Daß die Frauen das Stimmrecht erhielten, ohne daß die Männer etwas von ihrer Macht abgaben, war eine ebenso große Provokation, nur gegen diese konnten die Frauen noch nicht einmal protestieren, weil ihnen nun die Beweispflicht oblag, daß sie trotz des formalen Scheins keine wirkliche Teilhabe an den politischen Entscheidungen hatten.

An dieser Beweispflicht arbeitet sich die Frauenbewegung noch heute ab; und noch heute denken Frauen, daß es an ihnen selber läge, wenn es "mit ihrer politischen Einflußnahme nicht klappt". Und sie versuchen, ebenso wie die meisten Frauen damals - immer noch besser und noch angepaßter zu werden und - wie Dorothee v. Velsen es für ihre Zeitgenossinnen so treffend ausdrückt - "durch unablässige Arbeit und Schulung an sich selbst und anderen in ihre neue Pflichten hineinzuwachsen."(Velsen, 1920, 28)

In stolzer Trauer:

"In stolzer Trauer" hätte das Motto der hier vorgenommenen Einschätzungen werden können. Es wäre damit an die Formulierung und Geisteshaltung angespielt worden, mit der Frauen im Zweiten Weltkrieg den "Vaterlandstod" ihres Mannes, Sohnes, Vaters, Bruders bekanntgegeben haben.

Aber das Motto ist nicht aufrechtzuerhalten. Nicht nur, weil die Formel im Ersten Weltkrieg ungebräuchlich war, sondern weil in der Frauenbewegung nicht getrauert wurde, und weil am Ende aller Stolz zunichte wurde.

Trotzdem verweist der Begriff "in stolzer Trauer" - bezogen auf die Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg - auf entscheidende Gesichtspunkte: Warum trauerten Frauen nicht im Krieg, die von sich sagen:

> "Wir Frauen sind aber die natürlichen Feinde des Todes, wir sind die wahren Liebhaber des Lebens." (Lüders, 1936, 207)

Warum wird nur "nach innen geweint" (Lange), warum darf das Leid nicht "nach außen gekehrt" werden (Müller-Otfried)?

Alle beherrschen sich, den Gefühlen wird nur in nationalistischer Überhöhung freien Lauf gelassen, Tod und Krieg werden "geistig bezwungen" (Bäumer).

Man greift weit zurück, um das unmittelbare Elend verkraftbar zu machen: "Wir lasen heute, am Sonntagabend, im Freundeskreis den "Phädon". Heitere Todesbereitschaft mitten aus der warmen, vollen Blüte des Lebens heraus. Ein ruhiges Fortgehen ohne Leidenschaft und Tränen - wie schön das ist."(Bäumer, 1930, 40)

Aber warum muß das Elend beherrscht, bezwungen, verkraftet werden! Gerade die bürgerliche Frauenbewegung, die nicht müde wurde, Frauen - von Natur aus - als Trägerinnen der Kultur und Mütter als Garantinnen des Lebens zu feiern, warum trägt sie just in dem Augenblick, wo Kultur und Leben erlöschen, martialisches Gehabe zur Schau und bedient sich dieser euphemistischen Phrasen?

Ulrike Prokop wagt die These, daß die innere Zucht und die Verarmung der Gefühle, die vielen Frauenrechtlerinnen als Mitgliedern des preußischen Großbürgertums anhafteten, nach Ersatzdrogen verlangten: der Wunsch nach Intensität des Gefühls und nach dem Rausch der Leidenschaft mußte in der Sexualität unterdrückt werden und wurde deshalb in Gemeinschaft mit einem "nationalistisch aufgewühlten Volkskörper" als Kriegseuphorie ausgelebt.

> "Die drei Strukturen, die aus den Widersprüchen der bürgerlichen Existenz der Frauen hervorgehen: das Gefühl, nicht zu leben, die Unfähigkeit zu mehr als formellen Beziehungen, das Leiden am Werterelativismus, finden im Mythos von der Verschmelzung mit dem aggressiven Kollektiv der Volksgemeinschaft ihre repressive Lösung." (Prokop, 1981, 201)

Es spricht sicher viel für diese These, da sie uns den aus heutiger Sicht so befremdlichen rauschartigen Sprachgebrauch deutet, der die Kriegsdarstellungen und die Loyalitätsbekundungen dem Vaterland gegenüber in den Texten der Frauen bestimmte.

Gehen wir aber über die Sprachebene hinaus, begegnet uns dasselbe Phänomen in den Verhaltensweisen der Frauen. Keine Trauer, kein Verharren, keine Lähmung - sondern Euphorie und ein Aktivismus, der sich nicht nur in Pflichterfüllung, sondern im Übersoll und in der Vorwegnahme des Notwendigen gar nicht genug erschöpfen kann.

Auch hier ist das vorrangige Motiv der Wunsch nach der "Verschmelzung mit dem Volksganzen", aber dem liegt nicht sublimierte Erotik zugrunde, sondern Kalkül, Gewinnsucht für die Sache.

Diejenigen, die hier agieren, wollen nicht nur durch Pflichterfüllung ein gleichberechtigter Teil des Volkes werden - sie wollen im Krieg gewinnen. Trauer würde sie nur aufhalten.

Sie wollen nicht nur erledigen, was ihnen das Vaterland aufträgt - das tut das Rote Kreuz und die "Vaterländischen Frauenvereine". Sie nehmen die Pflichten vorweg und haben den vollständigen Organisationsplan schon in der Hand, als sie vom Vaterland gerufen werden.

Barbara Tuchmann schreibt, es sei eine Spezialität des deutschen Militärs, die "Notwendigkeit" zum zentralen Argument zu machen. Wenn es z. B. militärisch notwendig ist, die belgische Neutralität zu brechen, dann wird sie eben gebrochen. Nur weil es ja notwendig ist.(vgl. Tuchmann, 1965, 21)

Die Akteurinnen im "Nationalen Frauendienst" und im Kriegsamt haben die Militärs noch übertroffen. Sie haben die Vorwegnahme des Notwendigen erfunden: Die deutschen Truppen sind noch nicht ganz mobilisiert, da ist der "Nationale Frauendienst" schon organisiert. Das Hindenburg-Programm wird noch im Reichstag diskutiert, da laufen schon die Planungen für die Frauenarbeitszentrale im Kriegsamt auf vollen Touren. Das Kriegsende ist noch nicht abzusehen, da wird im BDF schon über die Demobilisierung geredet. Das Frauenwahlrecht ist noch nicht ganz ausgesprochen, da werden die Frauen auf der Straße schon auf die Wahl vorbereitet.

Mit solchem Übereifer wird nicht Gefolgschaft signalisiert, sondern der Anspruch auf Führungspositionen angemeldet.

Bei aller Klugheit und allem Geschick, das ihnen niemand absprechen kann, waren die verantwortlichen Frauen im BDF in dieser Situation ebenso unfähig zu traueren, wie sie unfähig waren, zu erkennen, was mit ihnen geschehen war. Die Warnschüsse die es gab, z. B. das Fehlen des Frauenstimmrechts in der Osterbotschaft des Kaisers oder die Rücksichtslosigkeit der "Volksregierung" in Sachen Frauendemobilisierung haben sie zwar irritiert, aber nicht zum Einhalten und nicht zur Umkehr bewogen.

Sie begriffen nicht, daß es sich bei diesen Vorkommnissen um gezielte Abwehrmaßnahmen ihren Ansprüchen gegenüber handelte.

Den Vertretern des Patriarchats war klar, daß es hier um einen Kampf der Interessen ging und sie waren bis zum Kollaps ihres Fetischs "Staat" nicht bereit, den Frauen in der Hauptsache, dem Frauenstimmrecht, auch nur eine Handbreit entgegenzukommen.

Warum auch? Die Frauen waren ihrerseits dabei, sich den patriarchalen Normen und Gepflogenheiten immer mehr anzupassen, auch wenn diese mittlerweile - zumindest in ihrem monarchistischen Gewand - im Untergang begriffen waren oder - zum Teil schon jetzt - ihren präfaschistischen Charakter entlarvten.

Insofern änderte auch das Frauenstimmrecht nichts an den gegebenen Machtverhältnissen, da die Frauen nicht die Absicht hatten, diese zu verändern.

Nach dem Ende des Krieges wurden in der neuen Demokratie die ehemals hochgeschätzten Dienstleistungen der Frauen immer noch gerne genutzt, aber ebenso schlecht entgolten wie ehedem - "trotz Parlament" und Frauen darin.

Die Szene hatte gewechselt - das Prinzip war aber dasselbe geblieben. Die tragenden Rollen waren immer noch mit den Schlüsselfiguren des Patriarchats besetzt.

Und der Stolz? Alles, worauf die Frauenbewegung hätte stolz sein können, ging trotz ihres immensen Einsatzes kaputt: Ihre eigenen Traditionen wurden dem Parlamentarismus geopfert, ihre Führungspositionen in den Frauenverbänden hatten sie gegen mittelmäßige Listenplätze in den Parteien vertauscht, politische Mitverantwortung verkehrte sich in politische Mitschuld.

Aber nur wenige wußten damals schon, daß die Resignation ihr dauerhaftes Los im Patriarchat sein würde, solange sie die Teilhabe daran als das große Ziel erachten würden. Nur wenige Stimmen verwiesen damals schon auf die Begrenztheit und Kurzlebigkeit der errungenen Erfolge:

> "Es ist das Schicksal menschlicher Kämpfe, daß jeder letzte Erfolg nur der vorletzte ist, und wir immer das gelobte Land nur sehen und nicht betreten dürfen."(Altmann-Gottheiner, 1920, 50)

Die Kriegsgewinnlerinnen hatten gedacht, das "gelobte Land" läge zum Greifen nahe - und dann war es doch nur wieder das alte Patriarchat, in dessen Herrschaftsbereichen der Zutritt für Frauen noch immer verboten ist.

Sie hatten das Patriarchat erobern und verwandeln wollen und waren selbst erobert und verwandelt worden.

Literatur

Albrecht u.a.: Frauenfrage und Sozialdemokrtie, in: Archiv für Sozialgeschichte 19, Bonn 1979, S. 459ff.

Altmann-Gottheiner, Elisabeth: Neue Probleme der Frauenarbeit, in: JB des BDF 1920, S. 38ff.

Bäumer, Gertud: Politik und Frauenbewgung, in: Die Frauenfrage XXI 1919, S. 26f.

dies.: Hematchronik während des ersten Weltkriegs, Berlin 1930

Bessel, Richard: "Eine nicht allzu große Beunruhigung des Arbeitsmarktes".- Frauenarbeit und Demobilisierung, in: Geschichte und Gesellschaft 9/1983, S. 21ff.

Heymann, Lida G.:Erlebtes-Erschautes, Meisenheim 1972

Jahrbücher (und Kriegsjahrbücher) des BDF 1914-1920, Berlin/Leipzig

Janssen-Jurreit, Marielouise: Sexismus - über die Abtreibung der Frauenfrage, Frankfurt 1977

Lüders, Marie Elisabeth: Das unbekannte Heer, Berlin 1936

Prokop, Ulrike: Die Sehnsucht nach der Volkseinheit, in: Dietze (Hg.): Die Überwindung der Sprachlosigkeit, Neuwied 1981

Sichler/Tiburtius: Die Arbeiterfrage - eine Kernfrage des Weltkriegs, Berlin 1925

Tuchmann, Barbara: August 1914, Frankfurt 1965

Velsen, Dorothee v.:Die Frau in der Volksvertretung, in:JB des BDF 1920, S. 23ff.

Waescher, Johanna: Die Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, in Die Frauenfrage XIX 1917, S. 107ff.

Weiland, Daniela: Geschichte der Frauenemanzipation, Düsseldorf 1983

Wickert,Christel: Unsere Erwählten, Göttingen 1986

Wolffheim, Nelly: Fragen der weiblichen Berufswahl, Nürnberg 1915

Zahn-Harnack, Agnes: 80 Jahre Frauenbewegung, Berin o.J.

Dieser Artikel beruht auf Arbeiten zur Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg, die unter dem Titel "Die Kriegsgewinnlerinnen" 1991 im Centaurus-Verlag erschienen sind.